

FRAKTION FW/ pro Althaldensleben
Fraktionsvorsitzende
Regina Blenkle
Haldensleben

Stadt Haldensleben
Büro Stadtrat

06. Nov. 2013

Posteingang

Antrag zur Sitzung am 28.11.13

Bürgerentscheid zur Eingemeindung von Süplingen

Der Stadtrat beschließt zur Eingemeindung der Gemeinde Süplingen/ Bodendorf einen Bürgerentscheid, nach §26 GemO LSA, unter den Bewohner der Stadt Haldensleben und seinen Ortsteilen durchführen, zu lassen.

Die Fragestellung über die die Bürger von Haldensleben entscheiden sollen lautet:

Mit dem Eingemeindungsvertrag zwischen der Stadt Haldensleben und Süplingen / Bodendorf sind starke finanzielle und personelle Veränderungen für den städtischen Haushalt und seine Bürger verbunden. Stimmen Sie unter diesem Aspekt einer Eingemeindung von Süplingen / Bodendorf zu? JA oder NEIN?

Begründung

Die Eingemeindung von Süplingen/ Bodendorf bringt nicht nur den Zuwachs von 925 Bürgern zur Stadt Haldensleben mit sich, sondern auch eine enorme Belastung des städtischen Haushaltes in finanzieller aber auch in personeller Hinsicht.

Finanziell: Schulden von Süplingen, die dann auch von den Bürgern der Stadt Haldensleben und ihren Ortsteilen mitgetragen werden müssen. Dies besonders unter dem Aspekt, dass zwischen den beiden Verwaltungen vereinbart wurde, dass die Gewerbesteuer von Süplingen von aktuell 400 v.H. auf 360 v.H. abgesenkt werden.

Personell: dass ein Aufwuchs von Personal und Entlohnung erfolgt, der dem Haushalt der Stadt Haldensleben jährlich eine Belastung von 500.000 Euro bis 600.000 Euro kosten könnte.

Fragen von den Stadträten, im Hauptausschuss wurden nur unzureichend oder gar nicht beantwortet. Die Bitte, die Amtsleiter und den Personalrat zum nächsten Hauptausschuss für eine breite Befragung einzuladen, wurde vom Bürgermeister abgelehnt.

Auch aus diesen Gründen sieht sich die Fraktion nicht in der Lage, hier eine objektive Entscheidung zu treffen.

Wir möchten daher von dem Recht auf einen Bürgerentscheid gebrauch machen, damit die Bürger der Stadt Haldensleben hier aktiv in einen demokratischen Entscheidungsprozess einbezogen werden.

R.Blenkle
Fraktionsvorsitzende

